

Rechtspopulistische Einstellungen

Herausforderungen (auch) für den Kulturbereich



Prof. Dr. Beate Küpper ist Sozialpsychologin, Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen, Hochschule Niederrhein

Demokratie ist das höchst anspruchsvolle Unterfangen der Zivilisierung von Macht. Sie kann nur funktionieren, wenn sich alle Beteiligten inklusive der Bürger*innen zu den Grundlagen bekennen und an gewisse Standards und Spielregeln halten. Das deutsche Grundgesetz steckt hierzu den Rahmen ab, zuvorderst steht die Würde und Akzeptanz der Gleichheit aller Menschen. Der Rechtspopulismus bricht in vielerlei Hinsicht mit dem demokratischen Grundkonsens der Selbstzivilisierung, schlimmer noch, er vergiftet das demokratische Klima und ist damit nicht nur eine Herausforderung, sondern auch Gefahr für die Demokratie. Aus den aktuellen Demonstrationen gegen die Corona-Beschränkungen lässt sich beispielhaft ablesen, wie der Rechtspopulismus funktioniert: Hier werden tatsächlich besorgte Bürger*innen in ihrer Verunsicherung und vielleicht auch Verärgerung abgeholt, und zwar derzeit recht losgelöst davon, wo sie sich selbst im politischen Spektrum verorten. Aufgeladen mit den sich über das Internet rasant verbreitenden, oft auch antisemitisch konnotierten Verschwörungsmysmen werden sie von Agitatoren gegen »das System« und »die Eliten« angeheizt und unter der für den Rechtsextremismus typischen rhetorischen Verkehrung mit dem Grundgesetz in der Hand zum »Widerstand« gegen die vermeintliche »Merkel-Diktatur« aufgerufen. Im Hintergrund stehen die strategischen Akteure der äußersten Rechten, die die Krise für ihre eigene Agenda nutzen, Chaos zu erzeugen mit dem Ziel der Schaffung einer alten-neuen Weltordnung unter weißer Vorherrschaft (*white supremacy*), auf die sich dann auch die Hasstäter der jüngsten Vergangenheit berufen.

Kultur ist dabei in mehrfacher Hinsicht ein zentrales Agitationsfeld der äußersten Rechten. In, über und mit Kultur werden Identitäten und Machtverhältnisse verhandelt. Das macht Kultur für all jene so interessant, die eine *Kulturrevolution von rechts* anstreben.

Zu ihren Mitteln gehört der Versuch, Einfluss auf die Finanzierung, den Kanon und die Förderung von Kulturbetrieben zu nehmen, Kultur als Bühne und zugleich Adelung für die eigenen Ideologien zu nutzen. Ihre Einflussversuche reichen von der Debatte mit intellektuellem Anstrich für das Kulturbürgertum bis hin zur Popkultur für die Massen und Nischenangeboten für spezifische Submilieus. Ihre Handlanger und mit ihnen vermeintlich *besorgte Bürger*, überschäumend in Wut und Empörung, sorgen nicht nur für ein Klima von Hass und Hetze, sondern bedrohen zunehmend auch ganz gezielt und persönlich Vertreter*innen aus Politik, Gesellschaft und auch aus dem Kulturbereich, die sich für eine offene Gesellschaft stark machen, online wie offline. Sie stemmen sich gegen den – in Deutschland eher zögerlichen, aber doch klaren – Trend der Demokratisierung, Modernisierung, Liberalisierung und Öffnung der letzten Jahrzehnte.

Was ist Rechtspopulismus?

Populismus lässt sich als eine Weltansicht (Cas Mudde) verstehen, die sich auf zwei Dimensionen beschreiben lässt: Auf der Vertikalen geht es um den Antagonismus von *oben-und-unten*, zwischen dem *guten, moralisch reinen Volk*, dessen Souveränität eingeklagt wird, und *den schlechten, korrupten Eliten* (Politiker*innen, Medien, Wissenschaft, linksliberale Kultur). Auf der Horizontalen geht es um den Antagonismus von *wir-und-die*. Darin drückt sich ein *Anti-Pluralismus* aus, der ein homogenes Volk mit einem einheitlichen Volksinteresse behauptet. Daran anschließend skizziert die Politikwissenschaftlerin Paula Diehl in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung die populistische Logik folgendermaßen: »Im Zentrum steht die Idee, dass die Macht dem Volke gehört und dass die Politik Ausdruck des Volkswillens sein soll. Populismus idealisiert das Volk und baut Feindschaft zur Elite auf. Hier fungiert der Führer als Stimme des Volkes. Populismus erzählt die Geschichte des von der Elite betrogenen Volkes: Durch den Anführer

merkt das Volk, dass es von der korrupten Elite unterdrückt wird, und geht den Weg seiner Befreiung, an dessen Ende, so verspricht es der Populismus, die Macht dem Volke zurückgegeben wird.« Dabei sei Populismus keine Frage von *entweder-oder*, sondern dimensional zu verstehen im Sinne von *mehr-oder-weniger*, und auch eigentlich nicht-populistische Akteure könnten ihre populistischen Momente haben. Er vereinfacht, personalisiert, emotionalisiert, denkt schwarz-weiß, lehnt Mediation etwa durch Repräsentanten oder etablierte Medien ab und erzählt die Geschichte des betrogenen Volkes. Sich selbst als Opfer zu sehen, hilft zudem, das eigene (manchmal auch wenig zivilisierte oder gar aggressive) Verhalten zu legitimieren.

Die Behauptung eines homogenen Volkes mit einem einheitlichen Volkswillen, repräsentiert über eine einzige Führung, die diesen Willen verkörpert und ihm Ausdruck verleiht, während Gegenstimmen als illegitim oder gar kriminell, auf jeden Fall nicht zum Volk gehörend gebrandmarkt werden, macht den Populismus im Kern antidemokratisch, wie Jan-Werner Müller in seinem bei suhrkamp erschienen, viel gelesenen Essay *Was ist Populismus?* schreibt. Beim *Rechtspopulismus* werden aus dem homogen gedachten *Wir* zudem all jene ausgeschlossen und abgewertet, die als irgendwie fremd, anders, ungleich markiert werden – Eingewanderte, Muslime, Juden, Homosexuelle, Feminist*innen, Gutmenschen, Europa.

Inzwischen fließt Rechtspopulismus (Akteure, Strömungen, Parteien, Ideologie, Aktivitätsformen) zunehmend mit dem alten Rechtsextremismus und auch der sogenannten Neuen Rechten zusammen. Als zentrales Unterscheidungskriterium gilt, inwieweit sie sich noch auf dem Boden der Verfassung bewegen.

In Abgrenzung zum Rechtspopulismus, von dem lange angenommen wurde, er käme ohne Gewalt aus – auch dieses Unterscheidungskriterium löst sich mittlerweile auf –, ist der *Rechtsextremismus* nicht nur gewaltaffin, sondern wendet sich explizit gegen die freiheitliche demokratische Verfasstheit zugunsten eines autoritären oder gar totalitären Systems. Auch der *Rechtsradikalismus* sucht eine fundamentale Alternative zum Status-quo, ohne aber die demokratische Grundordnung so deutlich abzulehnen.

Strömungen der *Neuen Rechten* (am bekanntesten ist die *Identitäre Bewegung*) zielen auf die Abschaffung einer egalitären und liberalen Gesellschaftsordnung, ohne sich offen dagegen zu wenden, was ihr die Anschlussfähigkeit zum Konservatismus ermöglicht. Die Neue Rechte propagiert völkisch-rassistisches Denken unter verharmlosenden Begrifflichkeiten von Identität und Ethnopluralismus, nutzt erklärtermaßen Strategien von Mimikry, Selbstverharmlosung, Diskursverschiebung und Infiltrierung. Letztlich strebt sie die Meinungsführerschaft im vorpolitischen Raum an mit dem Ziel

einer *kulturellen Hegemonie*. Dies macht Kultur zu ihrem zentralen Kampfplatz.

Wie schon Löwenthal und Guttermann in ihrer Analyse faschistoider Rhetorik nach dem zweiten Weltkrieg nachzeichnen, wird dabei auch die Nähe zu Verschwörungsmysmen etwa von einer vermeintlichen *Unterwanderung* erkennbar, die geheime Pläne dunkler Mächte für Misere verantwortlich machen. Krisen – von Missernten, der Pest über die Weltwirtschafts-, bis hin zur Finanz-, Migrations- und aktuell der Corona-Krise – sind daher Anlässe, die dem Populismus Auftrieb verleihen und die auch von der extremen Rechten instrumentalisiert werden. Das Zusammenspiel verschiedener Akteure von Verschwörungstheoretikern bis zur extremen Rechten im Internet und offline verleiht den Botschaften eine besondere Dynamik und Reichweite.

Wie verbreitet sind rechtslastige, antidemokratische Einstellungen?

Facetten rechtspopulistischer bis völkisch-rassistischer Einstellungen waren und sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet, wie Meinungsumfragen immer wieder belegen, darunter die jüngste *Mitte-Studie* der Friedrich-Ebert-Stiftung, aus der im Folgenden ausschnittartig berichtet wird [Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*; Bonn: Dietz-Verlag]. Das dürfte dann ähnlich auch für die Einstellungen von Nutzer*innen etablierter Kulturangebote gelten, was bisweilen unterschätzt zu werden scheint.

Die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland befürwortet die Demokratie und positioniert sich selbst demokratisch. In der jüngsten *Mitte-Studie* gaben beispielsweise 86 Prozent der Befragten an: »Es ist unerlässlich, dass Deutschland demokratisch regiert wird«. Die überwältigende Mehrheit von 93 Prozent schloss sich der Auffassung an: »In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen«.

Zugleich aber vertritt ein erheblicher Anteil der Bevölkerung auch Einstellungen, die mit den Werten einer liberalen Demokratie nur schwer verträglich sind. Dazu gehört auch die offene Abwertung von als *anders oder fremd* markierten sozialen Gruppen bis hin zu klar rechtsextremen Positionen. In der *Mitte-Studie* 2018/19 vertritt beispielsweise rund ein Viertel der Befragten (23%) die Ansicht: »Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen«, sogar ein Drittel (36%) meint: »Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren«. Ein Fünftel (21%) gibt an: »Zu viele kulturelle Unterschiede schaden dem Zusammenhalt der Deutschen«, was die kritische Frage aufwirft, wer denn als deutsch gilt, wer nicht. Rund jeder zehnte (11%) vertritt zudem die ganz offen rassistische Überzeugung: »Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt«. Ebenso finden antise-

mitische Verschwörungsmythen bei einem Teil der Bevölkerung Zuspruch, deutlich in der mindestens teils-teils Zustimmung von 15 Prozent der Befragten, die der Aussage zustimmen: »Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss«.

Selbst dezidiert rechtsextreme Einstellungen werden von etlichen Befragten geteilt. Auch wenn diese sich nur bei wenigen zu einem geschlossenen Weltbild formieren und in rechtsextremes Handeln oder gar Gewalttaten übersetzten, bilden sie doch das Fundament dafür. So fordert beispielsweise ein Fünftel der Befragten (21 Prozent, weitere 13 Prozent antworten mit teils-teils): »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«. Jeder zehnte Befragte (11 Prozent Zustimmung plus weiteren 6 Prozent teils-teils Antworten) ist der Ansicht: »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«. Jeder zehnte Befragte (10 Prozent plus weitere 7 Prozent teils-teils Antworten) ist der Auffassung: »Es gibt wertvolles und unwertes Leben«.

Im Muster der Antworten lassen sich zwei Beobachten machen: Zum einen zeichnet sich eine Polarisierung der Meinungen ab: Die Mehrheit äußert sich plural und offen, eine nicht ganz kleine Minderheit wendet sich deutlich dagegen. Zum anderen vertreten bisweilen ein und dieselben Personen gleichzeitig demokratische wie antidemokratische bis hin zu völkischen, rassistischen und antisemitischen Ansichten, ohne sich dies unbedingt selbst zu vergegenwärtigen. So finden sich diese Ideologiefragmente bis weit in die Mitte der Gesellschaft auch bei Befragten, die sich selbst politisch »genau in der Mitte« oder sogar links davon verorten. Die bisweilen lediglich als Protest interpretierte Wahl von Parteien rechtsaußen wird dabei durchaus durch die antidemokratischen Einstellungen ihrer Wähler*innen getragen.

Demokratischer Diskurs mit Antidemokraten?

Soziale Ungleichheit und Neoliberalismus, Verunsicherungen und negative Transformationserfahrungen, Verlust von Werten und gewohnten Ordnungen, mangelnde Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten – all diese gängigen Erklärungsansätze für das Erstarken des Rechtspopulismus werden empirisch bedingt gestützt. Erklärungskräftig sind dabei weniger faktische Bedingungen als ihre subjektiven Interpretationen. Genau hier setzt der Rechtspopulismus als Wegbereiter für ganz Rechtsaußen an.

Das »demokratische Spielfeld« hat jedoch seine Grenzen dort, wo antidemokratische Positionen vertreten werden. Der Rechtspopulismus sorgt derzeit im Verein mit der alten und neuen Rechten dafür, diese Grenzen zu verschieben. Er bedient sich dabei ganz strategisch der Forderung nach »Demokratie«, weiß er doch damit gerade die zu verunsichern, die sich demokratisch positionieren wollen. Dazu gehört etwa der Verweis auf das »Neutralitäts-

gebot«, welches vermeintlich wahlweise jegliche politische Analyse von Parteien verbiete, oder verlange, zu Veranstaltungen Vertreter*innen sämtlicher Parteien einzuladen. Das Gegenteil ist richtig. Gerade in der politischen Bildung und im öffentlichen Sektor ist das aktive Einsetzen für demokratische Leitwerte geradezu Gebot, dazu gehört auch das Transparentmachen antidemokratischer Bestrebungen. Das Argument, schließlich gehe es um eine Partei, die gewählt würde und nicht verboten sei, sagt noch nicht zwingend etwas über ihre demokratische Verortung aus, wie sowohl aus der Geschichte als auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbot bekannt.

Bei der Frage: Wen einladen, wen nicht? hilft es, sich von den eigenen/institutionellen Grundwerten und den zu klärenden Fragen leiten zu lassen: Wer passt zu uns, von wem erhoffen wir uns einen konstruktiven Beitrag? Diskurse mit handfesten, vielleicht sogar geschulten Protagonist*innen der äußersten Rechten zu führen, ist in jedem Fall nicht ratsam und auch von beiden Seiten nicht ehrlich, geht es dabei doch keineswegs um einen sachlichen Austausch von Argumenten mit der Möglichkeit, sich überzeugen zu lassen. Ein Diskurs mit offenem Ausgang über völkisch-rassistische Ideologien liegt außerhalb des demokratischen Spektrums.

Der Publizist Harald Welzer hat auf der vergangenen Jahrestagung des Bundeskriminalamts daran erinnert, dass es die meisten Menschen in Deutschland 1930 vermutlich weit von sich gewiesen hätten, zuzusehen, wie ihre Nachbarn aus ihren Wohnungen vertrieben, zusammengeschlagen und abtransportiert, sie selbst deren Fensterscheiben zertrümmern, sich deren Eigentum bemächtigen würden. »So etwas tut man bei uns nicht, so etwas tun wir nicht!« wäre vermutlich die empörte Antwort gewesen. Nur acht Jahre später passierte genau das. Die Verschiebung sozialer Normen braucht offenbar nicht sehr lange und kann zu Furchtbarem führen. Möglich wurde dies, wie bekannt, durch die Dynamik von politischer Propaganda, Mitmachen und Wegsehen, unterfütternder Ideologie wie auch eigenen Ressentiments, klammheimlicher Zustimmung und Fehleinschätzungen des Bürgertums. Wenn aus Weimar eine Lehre gezogen werden kann, so ist es, dem nicht zuzuschauen – blind, zögerlich, überheblich, vielleicht sogar mit einem gewissen intellektuellen Kitzel, begleitet von der seltsam schaudernden Attraktivität kalter, neurechter Gedankenlinien, aus gutmeinender demokratischer Überzeugung oder schlicht nativ oder einer Mischung aus all dem. Es geht der neuen alten Rechten nicht um die Aushandlung von Positionen innerhalb einer liberalen Demokratie und offenen Gesellschaft, sondern um ihre Abschaffung. Die Reden ihrer Akteure im eigenen Kreis zeugen davon, dass sie es ernst meinen; der eine oder andere Hasstäter hat sich schon gefunden, der den Aufruf zum Handeln umgesetzt hat. Der Satz: »Die Demokratie muss das aushalten!« könnte eine Überforderung an sie sein. ■